

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/1

3. Januar 1977

Im Sicherheitsrat mehr weltpolitische Mitsprache

Bundesrepublik für neue Aufgabe in den Vereinten Nationen gerüstet

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Seite 1 / 26 Zeilen

GSU zum Ausbau der Demokratie unfähig

Lediglich Masse zur Befriedigung der Machtansprüche
von Strauß

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 69 Zeilen

Auch Soldaten leben nicht nur von Anerkennung

Alle materiellen Forderungen müssen jedoch in den Gesamtrahmen passen

Von Erwin Horn MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 und / 51 Zeilen

Redakteur:

Imut G. Schmidt

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Postfach 2-10, 5300 Bonn 12
Telefon: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 2* 80 38/39
Fax: 08 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Im Sicherheitsrat mehr weltpolitische Mitsprache

Bundesrepublik für neue Aufgabe in den Vereinten Nationen gerüstet

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Am 1. Januar 1977 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geworden. Der Sicherheitsrat, dessen politische Entscheidungen die Entwicklung der Vereinten Nationen wesentlich beeinflusst, steht in dem vor uns liegenden Jahr vor einer Reihe schwieriger und verantwortungsvoller Aufgaben. Die Bundesrepublik Deutschland ist für diese Aufgaben gerüstet.

Seit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen am 18. September 1973 hat die Arbeit unserer Delegationen in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Vereinten Nationen breite Anerkennung gefunden. Unsere Wahl in den Sicherheitsrat ist eine Bestätigung der aktiven und konstruktiven Mitarbeit in der Weltorganisation, die wir unter anderem bei der letzten Generalversammlung durch eine Initiative zur weltweiten Bekämpfung der Geiselnahmen unterstrichen haben. Die Wahl in den für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit wichtige Hauptorgan der Vereinten Nationen ist Ausdruck des Ansehens und des Vertrauens, das wir drei Jahre nach dem VN-Beitritt genießen. Auf der Grundlage dieses Vertrauens wird die Bundesrepublik Deutschland in der Lage sein, ihre schwierige Aufgabe im Sicherheitsrat erfolgreich wahrzunehmen.

Die Mitwirkung im Sicherheitsrat gibt uns mehr weltpolitische Mitsprache, aber auch Verantwortung. Wir werden sie nicht scheuen und bereit sein, auch in schwierigen Fragen deutlich zu machen, wofür wir eintreten. Wir werden dabei konsequent unsere Politik fortsetzen: Friedenssicherung in der Welt, Selbstbestimmungsrecht, Verzicht auf Gewalt und Durchsetzung der Menschenrechte in allen Teilen der Welt werden Richtschnur unseres Handelns sein.

(-/3.1.1977/vd/hge)

+ + +

CSU zum Ausbau der Demokratie unfähig

Lediglich Masse zur Befriedigung der Machtansprüche von Strauß

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe

bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion

Bei allen wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen Problemen und finanziellen Engpässen, die es 1977 und in den folgenden Jahren abzubauen und zu beseitigen gilt, ist den Bürgern der Bundesrepublik ein wirkliches Unglück erspart geblieben: Eine Bundesregierung unter angeblicher Leitung der Politmarionette Helmut Kohl unter Führung eines machtberauschten und skrupellosen Franz Josef Strauß.

In unüberbietbarem Zynismus demonstrierte dieser Strauß am Beispiel Kreuth, welch gestörtes Verhältnis er zur Demokratie hat, wie totalitär sein Machtanspruch ist und was er grundsätzlich von den Wählern hält. Wie er als unumschränkter Diktator einer CDU/CSU-Regierung agiert hätte, davon können die Mitglieder der CSU inzwischen eine traurige Melodie anstimmen, allerdings auch nur noch hinter vorgehaltener Hand: Nicht einmal ein Sonderparteitag zur Diskussion der Kreuther Beschlüsse und der folgenden Ereignisse scheint dieser total entmündigten Parteibasis vergönnt. Die letzte Chance einer Demokratisierung der CSU, wenigstens einer formalen Mitprache der Mitglieder von unten nach oben, wurde in falsch verstandener Loyalität zum Parteivorsitzenden und zum völlig manipulierten Parteivorstand vom CSU-Bezirksverband Nürnberg/Fürth vertan, als er seinen Antrag für einen Sonderparteitag wieder zurückzog. Mit dieser Partei kann beim Ausbau unserer Demokratie nicht mehr gerechnet werden. Diese CSU ist nur noch Masse zur Befriedigung der persönlichen Machtansprüche ihres Vorsitzenden.

Was Strauß von den Wählern hält, wurde ebenfalls in den letzten Wochen offenbar. Nachdem er vor den Bundestagswahlen den Wählern wärmstens Helmut Kohl empfohlen hatte, ließ er vor dem Landesausschuß der bayerischen Jungen Union im Wienerwald endgültig "die Sau raus." Trotz seines Wissens um die Unzulänglichkeit des Kanzlerkandidaten Kohl, so Strauß, habe er diesen unterstützt, dem er, Strauß, schließlich becheinigte: "Er ist total unfähig, ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen, ihm fehlt alles dafür." Welche Roßtäuscherei, welch unglaublicher Wählerbetrug, der jetzt wieder fortgesetzt wird: angeblich

arbeiten beide zusammen in einer vorgegaukelten gemeinsamen Fraktion.

Ist der Betrug an Wähler bereits perfekt im personellen, so wurde der Betrug im grundsätzlichen Bereich noch infamer. Denn: Das dem Wähler angetragene "gemeinsame" Regierungsprogramm von CDU und CSU war wie der "gemeinsame" Kanzlerkandidat ebenfalls Abfall, Makulatur. Dieses Programm, das zur Führung einer Bundesregierung ausreichen sollte, war nicht einmal mehr gut genug für eine objektiv miserable Opposition. Kurz vor der "Einigung" von CDU und CSU verabschiedete der CSU-Vorstand in München zur Zusammenarbeit mit der CDU eine Erklärung, deren Punkt 5 lautet: "Das Wahlprogramm 1976 ist angesichts widerspruchsvoller Erklärungen nur in beschränktem Umfang als Grundlage für die Oppositionspolitik der nächsten Jahre verwendbar."

Die Wähler von CDU und CSU können sich mit Bitterkeit fragen, was sie außer einem wildgewordenen Strauß und einem tragikomischen Kohl eigentlich noch gewählt haben. Eine "Union" bestimmt nicht, denn diese existiert nur noch auf Papier. Was als "Gemeinsamkeit" verkauft wird, ist nur noch der gemeinsame Wille zur Macht. Welchen Stellenwert der "Unionsgedanke" künftig noch haben wird, dafür lieferte gerade in den letzten Tagen das hannoversche CDU-Organ "Niedersachsen Zeitung", herausgegeben vom CDU-Vorsitzenden Niedersachsens, Wilfried Hasselmann, ein beredtes Beispiel. Der Krauther Beschluß wurde mit Recht als "Schurkenstreich" bezeichnet, Strauß als "Politclown" abgetan. Der niedersächsische JU-Vorsitzende erkannte gar den von Strauß vertretenen Konservatismus als "nicht überlebensfähig", da er sich in verbelradikaler Beschwörung einer sozialistischen Gefahr erschöpfe. Recht hat er! Die CSU selbst hat nicht mehr die Kraft, das zu erkennen.

In welche Krisen eine Bundesregierung unter Strauß'scher Richtlinienkompetenz die Bürger dieses Landes gestürzt hätte, machte Strauß zusätzlich klar mit seiner Erklärung auf die Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Vetter kurz vor der Jahreswende, die heißerfüllte, eiskalte Gewerkschaftsfeindlichkeit aufdeckte. Der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt ist es zu danken, daß erstmals in der deutschen Geschichte in den letzten Jahren die negativen Auswirkungen einer Weltwirtschaftskrise nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmer abgeladen wurden. Bei der miserablen Opposition ist es vorrangige Aufgabe der sozialliberalen Koalition, 1977 und in den folgenden Jahren z. B. bildungspolitische Probleme im Zusammenhang mit Arbeitsmarktpolitik oder energiepolitische Problematik im Zusammenhang mit der Kernenergie für alle Bürger transparent zu machen und mit entschlossener Reformpolitik die anstehenden Probleme abzubauen und zu beseitigen.

(-/1.1.1976/mie/ja)

Auch Soldaten leben nicht nur von Anerkennung

Alle materiellen Forderungen müssen jedoch in den Gesamtrahmen passen

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Auf der zweitägigen Konferenz des Verteidigungs-Planungsausschusses des Nordatlantischen Bündnisses in Brüssel erhielt die Bundesrepublik Deutschland besonderes Lob und Anerkennung über ihre Leistungen. In den vorliegenden Berichten der Prüfungsausschüsse wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sie den größten Beitrag zu den Streitkräften des Atlantischen Oberkommandos leistet. Die Bundesrepublik hat vor allem ihre Panzertruppe und ihre Luftverteidigung verstärkt. Der für die Modernisierung vorbehaltene Investitionsanteil im deutschen Verteidigungs-Haushalt wurde korrekt auf annähernd 33 vH beziffert.

Jedem verantwortungsbewußten Politiker und Soldaten muß es klar sein, daß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Betriebs- und Investitionskosten herzustellen ist. Umso erstaunlicher ist der Forderungskatalog, den der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Oberst Volland, anlässlich eines Informationsbesuches der Bundesmarine in Flensburg aufstellte. Das Parlament ist sicher bereit, im Bereich des Haushaltsstrukturgesetzes Korrekturen vorzunehmen, die bessere Voraussetzungen dafür schaffen, um die Weiterverpflichtungen der Zeitsoldaten im notwendigen Umfang zu sichern und auch den entsprechenden Anteil an Berufssoldaten zu gewährleisten. Es wird auch anerkannt, daß ein großer Teil der Zeit- und Berufssoldaten überdurchschnittlich hohe Arbeitsleistungen erbringt, die weit über der 40-Stunden-Woche liegen. Der von Oberst Volland geforderte Ausgleich von 120 DM pro Monat erfordert die zusätzliche Bereitstellung eines Nettobetrages von 288 Millionen DM und eine Bruttosumme von ca. 350 Millionen DM jährlich. Die Forderung, den Wehrsold um 20 vH zu erhöhen, kostet noch einmal 98 Millionen DM.

Gerade wir Politiker werden ständig mit der Frage der Wehrgerechtigkeit konfrontiert, die auf die einfache Formel gebracht lautet: "Die einen

dienen und die anderen verdienen." Es gibt wohl keinen Politiker, der sich nicht gerne die Forderungen nach höheren finanziellen Zuwendungen für die Soldaten zu eigen machen möchte. Es muß zugleich aber auch eine Verantwortung für die Sicherheit des Staates geben, und hier sind Politiker und Soldaten in gleicher Weise in die Pflicht genommen. Die Aufstellung eines Forderungskataloges ohne Deckungsvorschläge, wie die entsprechende Mittelbereitstellung erfolgt, ist zu vordergründig.

Die gesellschaftliche, politische, militärische und geographische Lage der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine Wehrpflichtarmee. Dies entspricht auch einer eindeutigen sozialdemokratischen Auffassung zur Sicherheitspolitik. Deshalb ist ein leistungsbezogenes Entgelt nicht möglich. Wir wollen die Bundesrepublik Deutschland, um eine Formulierung des früheren Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann zu gebrauchen, vor militärischer Bedrohung und politischer Erpressung schützen, und dazu gehört der Dienst vieler jungen Menschen, der ihnen auch ein gewisses Opfer abverlangt. Dieses Dienen läßt sich nicht in ein Tarifgefüge einordnen.

Die SPD respektiert die Leistungen unserer Soldaten, ohne deren Einsatz die Sicherheit unseres Landes nicht in der vorhandenen Weise garantiert wäre. Sicherheitspolitische Gesamtverantwortung für unsere Bürger in unserem Staat und im Bündnis gebietet uns jedoch zugleich, eine sachgerechte Abwägung vorzunehmen; dies sollte auch in besonderem Maße für Vertreter der Verbände gelten, die in öffentlichen Deklamationen immer wieder vorgeben, für die gleichen Ziele einzutreten.

(-/3.1.1977/va/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt